



### ARBEITSMARKT

## Arbeitsmarkt unter Rot-Grün auf neuem Tiefpunkt

**Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland ist auf den höchsten Juli-Stand seit der Wiedervereinigung gestiegen.**

Nach den von der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Nürnberg veröffentlichten Zahlen waren im Berichts-

monat offiziell 4,36 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Das sind rund 126 500 mehr als im Juni und 6 700 mehr als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenrate stieg um 0,3 Prozentpunkte auf 10,5 Prozent.

„Das ist der höchste Juli-►

### INHALT

Annette Schavan:  
Bundesbildungsministerin  
Bulmahn erleidet Schiffbruch  
(Seite 7)

Erste Auszubildende  
im Abgeordnetenbüro  
(Seite 14)

Dokumentation  
Globalisierung – Herausforderung an politische  
Handlungsfähigkeit  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ CDU feiert Angela Merkmals 50. Geburtstag (Seite 3) ■ Hintergrundinformationen zu Hartz IV (Seite 4-5) ■ Laurenz Meyer: Mehr Neueinstellungen möglich machen (Seite 6) ■ Franz Josef Jung: Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen (Seite 8) ■ Peter Müller: Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten (Seite 9) ■ Peter Harry Carstensen: Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur (Seite 10) ■ Katherina Reiche: Wissenschaftlicher Nachwuchs ist hoch motiviert (Seite 11) ■ Laurenz Meyer: Erlernen der deutschen Sprache dient der Integration (Seite 12) ■ Wahl Barrosos ist großer Erfolg für EVP-ED-Fraktion (Seite 13) ■ Reiche: Studienbeiträge steigern Studienqualität (Seite 15) ■ Hasselfeldt: WTO-Agrarbeschlüsse sind gute Grundlage (Seite 15)

► Wert seit der Wiedervereinigung – und dies trotz der Statistik-Tricks der rot-grünen Bundesregierung“, erklärte dazu CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer. Noch aussagekräftiger seien die deutlichen Rückgänge bei den Erwerbstätigen. „In den vergangenen drei Jahren sind in Deutschland rund eine Million Arbeitsplätze verloren gegangen“, so Meyer. Trotz des weltweiten Wirtschaftsaufschwungs sei in Deutschland keine Besserung am Arbeitsmarkt absehbar. „Unter Rot-Grün ist der deutsche Arbeitsmarkt an einem neuen Tiefpunkt angelangt“, stellte Meyer fest.

Scharfe Kritik übte der Generalsekretär an den Plänen von Rot-Grün, im kommenden Jahr nur für 11 Monate das neue Arbeitslosengeld II auszuzahlen. „In solch einer Situation die Menschen mit der chaotischen Diskussion um Hartz IV weiter zu verunsichern, ist unverantwortlich“, erklärte Meyer. Geradezu „zynisch“ sei der Plan von Wirtschaftsminister Clement, den rot-grünen Haus-

halt auf Kosten der Langzeitarbeitslosen zu sanieren. Das sei in höchstem Maße unmoralisch und unsozial. „Diese Bundesregierung hilft den Arbeitslosen nicht, sondern macht ihnen zusätzlich Angst“, so Meyer. „Die Regierung spart so 1,4 Mrd. Euro ein. Geld, das Eichel dringend benötigt, um den Haushalt gerade noch über die Hürde der Verfassungsmäßigkeit zu hieven“, erklärte der CDU-Generalsekretär.

„Wir fordern die Bundesregierung erneut ultimativ auf, das Chaos um den erstmaligen Auszahlungstermin für das Arbeitslosengeld II zu beenden“, sagte Meyer. Clement müsse bis Ende kommender Woche [14. August, Anm. d. Redaktion] eine Entscheidung treffen. Rot-Grün dürfe seinen chaotischen Haushalt nicht auf Kosten der sozial Schwächsten sanieren.

„Wir brauchen eine klare Politik mit Reformen im Steuersystem, am Arbeitsmarkt und bei der sozialen Sicherung, damit Deutschland nicht komplett den Anschluss verliert, so Meyer.

## IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

19. JULI IM KONRAD-ADENAUER-HAUS:

## CDU feiert Angela Merkels 50. Geburtstag

**Im Rahmen eines „Berliner Gesprächs spezial“ hat die CDU den 50. Geburtstag ihrer Parteivorsitzenden Angela Merkel gefeiert.**

Am Montagabend hatten sich nicht nur die Spitzen von CDU und CSU zu einem fröhlichen Fest im Konrad-Adenauer-Haus versammelt, auch der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle wünschte Angela Merkel „Glück, Gesundheit und Erfolg“. Außerdem gratulierte dem Geburtstagskind der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, BDI-Präsident Klaus Rogowski und ver.di-Chef Frank Bsirske.

Auf besonderen Wunsch der CDU-Vorsitzenden hielt der Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, Professor Wolf Singer, den Festvortrag über „Das Gehirn: Ein Beispiel zur Selbstorganisation komplexer Systeme“. Dabei kam Singer zu dem Schluss, dass nicht nur unser Hirn, sondern auch „lebensweltliche Systeme“, sei es in der Ökologie, in der Ökonomie oder in der Politik, eine vergleich-



Joachim Sauer, Angela Merkel, Edmund Stoiber und Guido Westerwelle

bare „Vernetzungsarchitektur mit nicht-linearer Dynamik“ aufweisen würden. Gemeinsam wäre diesen dynamischen Prozessen, dass sie nicht prognostizierbar seien, betonte Singer. Deshalb müssten „Fünf-Jahres-Pläne“ ebenso regelmäßig scheitern.

Aus seinen Forschungsergebnissen leitete Professor Singer Handlungsmaximen ab: Wenn es richtig sei, dass diese hochkomplexen Systeme nicht Ziel gerichtet gelenkt werden könnten, sollten sich Veränderungen allenfalls in kleinen Schritten vollziehen. Denn nur so habe der Handelnde überhaupt

die Chance, auf Irrtümern noch reagieren zu können.

Besonders freute sich die CDU-Vorsitzende über ihre musikalischen Glückwünsche. Eigens um ihr ein Ständchen darzubieten, war aus Angela Merkels Wahlkreis der Volkschor Sassnitz ange-reist, der mit dem Pommernlied die Lieblingsmelodie des Geburtstagskinds anstimmte. Ein weiterer Höhepunkt des Abends waren die Darbietungen des Streichquintetts der „Philharmonie der Nationen“. Die Musiker intonierten zehn Variationen des Liedes „Happy Birthday“ quer durch die Musikgeschichte.

## HINTERGRUNDINFOS ZU HARTZ IV

# Das bringt das Arbeitslosengeld II

## 1. Arbeitslosengeld II im Vergleich zur Sozialhilfe

Die Leistungen des neuen Alg II entsprechen in der Höhe grundsätzlich der heutigen Sozialhilfe, bringen also denjenigen, die heute sozialhilfeberechtigt sind, keine finanziellen Einschnitte. Es wird für diesen Personenkreis vielmehr eine Verbesserung auch in finanzieller Hinsicht erreicht, indem die Alg II-Empfänger künftig renten- und krankenversichert sind, was für die heutigen Sozialhilfeempfänger nicht zutrifft.

## 2. Finanzielle Auswirkungen sind unterschiedlich

Beim Vergleich von Alg II und der heutigen Arbeitslosenhilfe muss man unterscheiden: Für einen Teil der Arbeitslosenhilfeempfänger bringt das neue Recht finanzielle Einbußen mit sich. Das gilt vor allem für diejenigen, deren (Ehe-) Partner gut verdient. Der fiktive Freibetrag, der bislang in der Arbeitslosenhilfe beim Partnerein-

kommen freigestellt wurde, entfällt künftig. Insofern findet eine Angleichung an die heutigen Regeln der Sozialhilfe statt, wo es einen solchen Freibetrag auch nicht gibt. Verschlechterungen kann es auch für diejenigen Arbeitslosenhilfebezieher geben, die früher ein relativ hohes Einkommen hatten und deren Arbeitslosenhilfe, die rund die Hälfte des früheren Nettoverdienstes beträgt, folglich deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegt. Daneben wird es einen Teil Arbeitslosenhilfebezieher geben, für die sich wenig oder gar nichts ändert bzw. für die die neuen Vorschriften ähnlich wie für Sozialhilfeempfänger sogar Vergünstigungen bringen. Zu diesem Personenkreis zählen alle, die bislang schon aufstockende Sozialhilfe bekamen, deren Arbeitslosenhilfe also niedriger als der Anspruch auf Sozialhilfe war.

## 3. Bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten

Die neuen Hinzuverdienstregelungen sind nicht nur besser als heute in der Sozial-

hilfe, sondern auch besser als in der heutigen Arbeitslosenhilfe. Bisher konnte ein Arbeitslosenhilfebezieher maximal 165 Euro monatlich als Hinzuverdienst behalten, künftig sind es bis zu 300 Euro. Der Unterschied zur heutigen Rechtslage besteht allerdings darin, dass heute geringe Hinzuverdienste begünstigt sind, zukünftig aber geringe Verdienste weniger, dafür aber höhere Verdienste stärker begünstigt werden als heute. Dieser Ansatz schafft den Anreiz, mehr zu verdienen und damit langsam aus dem Hilfesystem heraus zu kommen. Es muss unser Ziel sein, Anreize zur Selbsthilfe und Eigenverantwortung zu setzen und die Menschen aus dem Transfersystem wieder hinauszuleiten.

## 4. Höheres Schonvermögen (Freibeträge)

Eine weitere finanzielle Verbesserung auch für Arbeitslosenhilfebezieher stellt die schon beschriebene Regelung zum Schonvermögen dar. Heute kann ein Arbeitslosenhilfebezieher maximal

13.000 Euro an Barvermögen behalten, künftig auch die Lebensversicherung und damit bis zu 26.000 Euro.

## 5. Bessere Betreuung

Es geht beim Alg II im Wesentlichen um eine bessere Betreuung der Hilfebedürftigen. Hiersind die Regelungen ebenfalls deutlich besser als in den heutigen Systemen. Den künftigen Alg II-Beziehern stehen grundsätzlich sämtliche Maßnahmen des SGB III offen, die die Bundesagentur auch für Arbeitslosengeldbezieher zur Verfügung hat. Außerdem wird der Betreuungsschlüssel, also das Verhältnis von Beratern zu Hilfebeziehern deutlich verbessert. Angestrebt wird ein Betreuungsschlüssel von 1:75; heute sind in einem Arbeitsamt oft 400 bis 600 Fälle von einem Betreuer zu bearbeiten.

## 6. Zusätzliche finanzielle Unterstützung

Der Betreuer oder Fallmanager, wie er künftig heißt, kann dem Hilfesuchenden außerdem ein Einstiegsgeld gewähren, wenn dies dazu dient, in eine selbständige oder sozialversicherungsspflichtige Erwerbstätigkeit

zu wechseln. Arbeitslose, die aus dem Bezug von Arbeitslosengeld in das neue System des Alg II wechseln, erhalten darüber hinaus einen auf zwei Jahre befristeten Zuschlag von höchstens 160 Euro monatlich im ersten und 80 Euro monatlich im zweiten Jahr.

## Weitere Maßnahmen sind notwendig ...

Die Einführung des Arbeitslosengeldes II wird für einige Menschen Einschnitte bedeuten, gerade in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit. Die CDU/CSU Bundestagsfraktion fordert daher weitere Schritte, um die Reform wirklich erfolgreich zu machen.

Hierzu gehört beispielsweise die kommunale Beschäftigungspflicht, mit der der Staat in der Pflicht wäre, diejenigen, die keinen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt finden können, eine Arbeitsgelegenheit in einer kommunalen Beschäftigung anzubieten. Darüber hinaus wollte die Union mit ihrem Gesetzentwurf zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Existenzgrundlagengesetz), einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor einrichten, in dem niedrig bezahlte

Tätigkeit durch einen staatlichen Zuschuss gefördert worden wäre und damit dem Einzelnen, auch wenn er z.B. aufgrund mangelnder oder geringer Qualifikation nur einen Arbeitsplatz mit niedriger Produktivität ausfüllen kann, ein Einkommen oberhalb des Arbeitslosengeldes II gesichert hätte. Darüber hinaus war und ist die Union der Ansicht, dass die Landkreise und kreisfreien Städte besser in der Lage wären als die zentralistische Bundesagentur für Arbeit, die neue Hilfeleistung zu administrieren. Es ist für die Menschen in unserem Land zutiefst ärgerlich und frustrierend, dass die Bundesregierung derartige Regelungen für mehr Beschäftigung und mehr Chancen auf eine Integration in den Arbeitsmarkt verhindert hat.



### WEB-TIPP

- [www.cdu.de](http://www.cdu.de), hier finden Sie weitere Infos zur Arbeitsmarktpolitik. Sie finden diese unter Themen ► Politik A bis Z ► Arbeitsmarkt.
- [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de), hier stehen CDU-Mitgliedern viele Informationen exklusiv zur Verfügung, z.B. die Vermittlungsergebnisse zu Hartz IV.

LAURENZ MEYER

# Mehr Neueinstellungen möglich machen

**Die Wirtschaftslage in Deutschland führt zu einem bisher nicht gekannten Abbau von Arbeitsplätzen:**

Eine Million Stellen sind in den vergangenen drei Jahren verloren gegangen. Verantwortung für diese Entwicklung trägt die rot-grüne Bundesregierung. Sie löst keine Probleme, sie ist das Problem. Seit Franz Müntefering Parteivorsitzender ist, gibt es nur noch wenige in der SPD, die eine Verbesserung der Situation der Menschen im Blick haben. Müntefering und den meisten führenden SPD-Politikern ist es wichtiger, ideologische Ladenhüter vorzutragen, um die Partei zu stabilisieren – Beispiel Ausbildungsplatzabgabe.

Ein zentraler Schlüssel zur Lösung unserer Probleme ist die Flexibilisierung unseres im internationalen Vergleich überreglementierten Arbeitsmarktes. Unser Vorschlag enthält deshalb zwei Kernelemente:

■ 1. Der Kündigungsschutz bleibt erhalten für alle, die heute Arbeit haben.



■ 2. Um mehr Beschäftigung zu ermöglichen, wollen wir die Einstellungshemmnisse bei Neueinstellungen abbauen.

Das heißt konkret: Für Neueinstellungen wollen wir statt befristeter Verträge keinen Kündigungsschutz innerhalb der ersten drei Jahre sowie einen Wegfall des Kündigungsschutzes für Betriebe unter 20 Beschäftigten.

In kaum einem Land sind so wenig über 50jährige noch in Arbeit wie in Deutschland. Für über 53jährige Neueingestellte wollen wir deshalb einen Wegfall des Kündigungsschutzes statt der schon heute möglichen dauerhaft

befristeten Einstellung.

Wir wollen außerdem betriebliche Bündnisse für Arbeit, damit nicht nur in großen, sondern auch in kleinen und mittleren Unternehmen Arbeitnehmer und Betriebe flexibler handeln können.

Wir müssen aus den Erfolgen unserer Nachbarländer wie etwa Dänemark lernen und dürfen uns nicht damit abfinden, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen immer größer wird. Dazu gehört allerdings auch eine entsprechende finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit – auch hier kann man zum Beispiel von Dänemark lernen.

ANNETTE SCHAVAN:

# Bundesbildungsministerin Bulmahn erleidet Schiffbruch

**Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Juniorprofessur erklärt die Koordinatorin der unionsgeführten Länder in der Kultusministerkonferenz, die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan:**

Eine beratungsresistente Bundesbildungsministerin hat in Karlsruhe Schiffbruch erlitten. Das von Rot-Grün vor zwei Jahren beschlossene Gesetz zur bundesweiten Einführung der Juniorprofessur verstößt gegen das Grundgesetz. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist unmissverständlich und richtungsweisend, stärkt den Föderalismus in Deutschland und bestätigt



Annette Schavan

unsere Positionen. Wir haben stets mehr Selbstständigkeit für die Hochschulen und klare Kompetenzen für die Länder gefordert. Jetzt gilt es, die richtigen Konsequenzen aus dem eindeutigen Richterspruch zu ziehen. Was wir brauchen ist ein

präziser Fahrplan für den schnellen Abbau zentralistischer Regelungen von Seiten des Bundes. Wir erwarten, dass Frau Bulmahn nach dem massiven Denkkettel der Verfassungsrichter rasch zur Vernunft kommt und ihren unverantwortlichen Konfrontationskurs aufgibt. Mit den permanenten Übergriffen in die Hoheitsrechte der Länder muss endlich Schluss sein. Der arrogante Alleingang der Bundesbildungsministerin hat sich als Bumerang erwiesen. Das bleibt festzuhalten. Frau Bulmahn wäre also gut beraten, sich nicht ein weiteres Mal selbstherrlich über die Kompetenzen der Länder hinwegzusetzen.

## HINTERGRUND ZUR JUNIORPROFESSUR:

**Nach der im Hochschulrahmengesetz 2002 enthaltenen und von der Bundesregierung finanziell unterstützten Regelung können junge Wissenschaftler direkt nach einer herausragenden Doktorarbeit eine Juniorprofessur anstreben und damit selbstständig forschen und lehren.**

Drei Jahre nach Antritt der Professur soll eine Bewertung der Leistungen in Forschung und Lehre erfolgen, in den darauf folgenden ein bis drei Jahren eine Bewertung der wissenschaftlichen Leistungen im Berufungsverfahren. Danach ist der Weg zu einer Professur auf Lebenszeit eröffnet.

Damit können wissenschaftliche Nachwuchskräfte bereits im Alter von etwa 30 Jahren selbstständig arbeiten. Das durchschnittliche Berufungsalter für eine Professur liegt bislang in Deutschland dagegen bei 42 Jahren. Die Habilitation schreibt der Nachwuchsforscher in seiner Zeit als Assistent.

FRANZ JOSEF JUNG:

## Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen

Die CDU fordert die Tarifparteien auf, flexible betriebliche Regelungen zu ermöglichen, die Abweichungen von Flächentarifverträgen zulassen. Dies ist eine der Forderungen des Berichts „Mehr Wachstum durch Arbeit in neuen Erwerbsstrukturen“, den Franz Josef Jung, Vorsitzender der hessischen CDU-Landtagsfraktion, gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer in Berlin vorstellte.

Weitere Reduzierungen der Arbeitszeit dürfe es nicht geben, im Gegenteil brauche Deutschland insgesamt flexiblere und durchschnittlich auch längere Arbeitszeiten, um mit wettbewerbsfähigen Stundenlöhnen international bestehen zu können.

Das Papier umreißt weitgehende Reformen im Arbeitsmarkt und zeigt Perspektiven unter anderem zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Steigerung der Alterserwerbstätigkeit und zur Erleichterung von Teilzeitarbeit auf. Ziel sei es, durch neue und flexiblere Erwerbsstrukturen



Laurenz Meyer und Franz Josef Jung

mehr Arbeit und damit mehr Wachstum zu schaffen.

Jung und Meyer sprachen sich für die Entwicklung eines funktionierenden Niedriglohnsektors aus, in dem geringe Löhne durch staatliche Transfers aufgestockt werden. „Im Niedriglohnbereich liegt ein Potential von mehr als zwei Millionen Arbeitsplätzen“, so Franz Josef Jung bei der Vorstellung des Papiers. „Der Staat muss Anreize schaffen, gering bezahlte Stellen aufzunehmen, statt Nicht-Arbeit zu fördern.“

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen Mütter und Väter in

den ersten acht Lebensjahren ihres Kindes ein „Familienzeit-Konto“ von drei Jahren in Anspruch nehmen können. Geringverdiener mit Kindern sollen besonders unterstützt werden.

Der Bericht ist der dritte Teil des „Projekts Wachstum“, das im Mittelpunkt der thematischen Arbeit der CDU im Jahr 2004 steht. Auf insgesamt acht Themenfeldern identifiziert dieses Projekt Wachstumstreiber und -hemmnisse und definiert die Aufgaben für das politische Handeln, um wieder zu mehr Beschäftigung und Wachstum zu kommen.

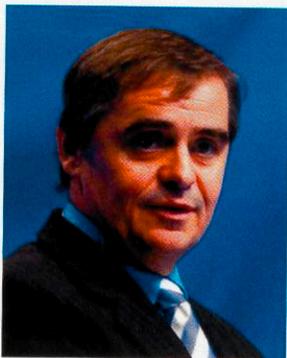
PETER MÜLLER:

## Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten

**Die CDU will die Vorschriften auf Bundesebene um mindestens die Hälfte reduzieren. Dies kündigten der saarländische Ministerpräsident Peter Müller und CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer bei der gemeinsamen Präsentation des Berichts „Mehr Wachstum durch modernes Regieren und Verwalten“ an.**

Es sei nicht länger hinnehmbar, dass die Unternehmen in Deutschland jährlich mehr als 46 Mrd. Euro für bürokratische Verwaltungsakte ausgeben müssen. Insbesondere die Mittelständler seien davon betroffen. Meyer forderte in diesem Zusammenhang eine Effizienzsteigerung in Wirtschaft und Verwaltung. Zudem müsse sich der Staat wieder auf seine originären Aufgaben beschränken.

Als konkrete Maßnahmen fordert Peter Müller eine Beweislastumkehr bei den Verordnungen. „Wenn nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden kann, dass eine Vorschrift zwingend notwendig ist, dann muss sie abgeschafft werden“, so das CDU-Präsi-



Peter Müller

umsmitglied. In seinem eigenen Bundesland hat Müller mit dieser Prämisse den Vorschriftenentschongel bereits um zwei Drittel gelichtet. Auf Bundesebene war die Entwicklung in den vergangenen Jahren gegenläufig. Für 100 aufgehobene Gesetze sind 400 neu geschaffen worden. 400 abgeschafften Verordnungen stehen 1.400 neue Regelungen gegenüber.

Als weitere Maßnahmen nannte Müller die automatische Erlaubniserteilung bei Untätigkeit. Künftig sollten Unternehmen und Privatpersonen automatisch die Genehmigung erhalten, wenn die bearbeitende Behörde nach Ablauf einer Frist den

Vorgang nicht bearbeitet hat. Ausnahmeregelungen von bestimmten Regelungen will Müller für kleinere Unternehmen möglich machen.

Auch im Bereich des Föderalismus bestehe Reformbedarf. Ziel sei die Rückkehr von Beteiligungsföderalismus zum Gestaltungsföderalismus. Die eigenständigen Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder sollten erweitert werden. Im Gegenzug würden die Zustimmungserfordernisse des Bundesrates im Gesetzgebungsverfahren reduziert.

Auf kommunaler Ebene sei darüber hinaus eine umfangreiche Aufgabenprivatisierung durchzuführen. Es müsse in jedem Fall geprüft werden, ob private Unternehmen die gleiche Leistung nicht günstiger erbringen könnten.

Müller und Meyer stellten klar, dass die CDU grundsätzlich am Berufsbeamtentum festhalte. Allerdings seien hier dringend neue Strukturen für die Beförderung erforderlich. Die dienstbezogene Leistung müsse hier im Vordergrund stehen.

PETER HARRY CARSTENSEN:

## Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur



Peter Harry Carstensen und Laurenz Meyer

**Der Investitionsstau im Bereich der Infrastruktur muss schnellstens beseitigt werden. So lautet die zentrale Forderung des Berichts „Mehr Wachstum durch moderne Infrastruktur“, der von Peter Harry Carstensen und Laurenz Meyer vorgestellt wurde. „Deutschland ist auf dem besten Weg, einen traditionellen Standortvorteil im Bereich Straße und Schiene zu verlieren“, so Meyer.**

Gerade durch die EU-Erweiterung und die nunmehr zentrale Lage Deutschlands habe sich ein Vorteil ergeben, aus dem man etwas machen müsse, so Meyer. Um die notwendigen Maßnah-

men finanzieren zu können, will die CDU auch auf EU-Mittel für den Infrastrukturausbau zurückgreifen. Ein Sonderprogramm „Verkehrsprjekt Europäische Einheit“ solle dafür eigens eingerichtet werden, so Peter Harry Carstensen.

Die Verkehrsprognose des Bundesverkehrsministeriums geht von einem weiteren Anstieg der Verkehrsleistung zwischen 1997 und 2015 im Personenverkehr um 20 Prozent, im Güterverkehr um 64 Prozent aus. „Mit einem Verkehrsnetz von gestern sind die Verkehrsströme von morgen nicht zu bewältigen“, so Carstensen. Rund 15 Prozent des Bun-

desautobahnnetzes seien heute chronisch überlastet – mit steigender Tendenz.

Die Prognosen für den grenzüberschreitenden Güterverkehr einschließlich Transit weisen für 2015 gegenüber 1997 nach Polen, Tschechien und Ungarn die drei- bis vierfachen Mengen auf; 40 bis 50 Prozent des Volumens entfallen dabei auf den Straßengüterverkehr.

Deutsche Unternehmen seien darauf angewiesen, dass die Güter schnell und zuverlässig von einem Ort zum anderen transportiert werden können. „Der volkswirtschaftliche Schaden, der alleine durch stockenden oder stehenden Straßenverkehr in Deutschland entsteht, beträgt bereits heute ca. 100 Milliarden Euro jährlich.

Doch auch in anderen Infrastrukturbereichen hat die CDU Defizite festgestellt, die dringend behoben werden müssten. So könne beispielsweise der flächendeckende Ausbau der Breitbandnetze einen Wachstumsschub von bis zu 0,5 Prozent bewirken.

KATHERINA REICHE:

## Wissenschaftlicher Nachwuchs ist hoch motiviert



Katherina Reiche mit Vertretern der RWTH Aachen

Die Vorsitzende des CDU-Gesprächskreises Forschung und Innovation, Katherina Reiche, nutzt die Sommerpause für eine Forschungstour durch Deutschland. Dabei besucht sie Firmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen aus dem High-Tech-Bereich. Mit dem, was

Katherina Reiche dort vorfindet, ist sie sehr zufrieden: „Ich bin begeistert von den Leistungen, die an unseren Forschungsinstituten, an unseren Hochschulen und von den High-Tech-Firmen in Deutschland erbracht werden. Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs ist

hoch motiviert“, so Reiche. Gleichzeitig forderte sie von Rot-Grün deutlich mehr Engagement: „Die Politik darf nicht nur von Innovationen reden und PR-Kampagnen an die Bundesregierung starten.“ Vielmehr müssten die Hochschulen reformiert und bessere Rahmenbedingungen für Forscher geschaffen werden. „Wir brauchen in Deutschland die besten Ingenieure und Naturwissenschaftler, um wieder nach vorne zu kommen“, so Reiche. Bisherige Stationen der Reise waren die RWTH Aachen, die International University Bremen, zwei Forschungszentren in Karlsruhe und Bonn sowie ein Luft- und Raumfahrt-Unternehmen.

### SAARLAND FÜHRT TELEARBEIT EIN

Saarländische Landesbedienstete haben ab dem 1. August 2004 die Möglichkeit der „Telearbeit“. Bedienstete können dann zum Teil von zu Hause aus (sozusagen „online“) und zum geringen Teil im Büro ihre Arbeit erledigen, haben aber weiterhin einen Arbeitsplatz in der Dienststelle. Bereits 2002 hatten Finanzministerium, Innenministerium

und Justizministerium ein Pilotprojekt mit insgesamt 16 Telearbeitsplätzen gestartet.

Vor allem berufstätige Frauen sowie allein erziehende Mütter und Väter sollen von der Telearbeit profitieren: Sie können Kinderbetreuung und Berufstätigkeit besser miteinander verbinden. Auch die häusliche Pflege von kranken

Familienangehörigen kann so ermöglicht werden, ohne dass dies – wie bisher im Regelfall – zur Aufgabe der beruflichen Tätigkeit führen muss.

Durch das Nutzen des gleichen Büroarbeitsplatzes durch mehrere Mitarbeiter zu unterschiedlichen Zeiten werden weniger Büroräume benötigt.

LAURENZ MEYER:

## Erlernen der deutschen Sprache hilft bei der Integration

Die Verbesserung der Integrationschancen der in Deutschland lebenden Türken und die Zusammenarbeit mit der türkischen Regierungspartei AKP waren die Kernthemen eines Gesprächs zwischen CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und seinem türkischen Kollegen Idris Sahin sowie dem stellvertretenden AKP-Parteichef Reha Denemec. Der Grundstein für die Gespräche war bereits im vergangenen Februar gelegt worden, als die Parteivorsitzende Angela Merkel mit dem türkischen Ministerpräsidenten und AKP-Chef Recep Tayyip Erdogan zusammentraf.

Ein Ergebnis der Unterredung war der gemeinsame Appell an die türkischstämmige und türkische Bevölkerung in Deutschland, die deutsche Sprache zu erlernen. Laurenz Meyer betonte, dass die deutsche Sprache neben der türkischen Muttersprache eine bedeutende Rolle spielen müsse. Nur mit guten Sprachkenntnissen habe man eine Chance auf dem Arbeits-



Idris Sahin, Laurenz Meyer und Reha Denemec (v.l.n.r.)

markt. Außerdem unterstützt die CDU den Ausbau des Deutsch Türkischen Forums, das bisher in Nordrhein-Westfalen und Berlin stark vertreten sei. Im Deutsch Türkischen Forum engagieren sich türkischstämmige und türkische Bürger innerhalb der CDU.

Auch die mögliche Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei war Thema des Treffens. Meyer verwies auf das von der CDU favorisierte Modell der „Privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei. Der CDU-Generalsekretär stellte in diesem Zusammenhang klar, dass am Ende der im Dezember womöglich beschlossene

nen Verhandlungen statt einer Vollmitgliedschaft auch das Modell „Privilegierte Partnerschaft“ stehen könne. Der stellvertretende AKP-Chef Reha Denemec verwies auf den langen Zeitraum, den die Beitrittsverhandlungen in Anspruch nehmen würden und nannte die privilegierte Partnerschaft als ein mögliches Ergebnis dieses Prozesses. Zum jetzigen Zeitpunkt könne noch kein Urteil darüber gefällt werden, ob die Türkei am Ende der Verhandlungen tatsächlich Mitglied werden wolle.

Für den kommenden November kündigten die beiden Generalsekretäre eine Fortsetzung des Dialogs an.

# Wahl Barrosos ist großer Erfolg für die EVP-ED-Fraktion

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, hat das sehr gute Ergebnis der Wahl José Manuel Barrosos zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission (413 Ja-Stimmen und 251 Nein-Stimmen) durch das Europäische Parlament in Straßburg als guten Start für den neuen Kommissionspräsidenten und als großen Erfolg begrüßt.

Die Wahl folgte auf den einstimmigen Vorschlag des Europäischen Rates zur Benennung Barrosos. Dieser Vorschlag entsprach der seit Monaten erhobenen Forderung der EVP-ED-Fraktion, dass die Benennung des Kommissionspräsidenten, wie in der Verfassung bereits vorgesehen, das Ergebnis der Europawahlen widerspiegeln müsse. Pöttering hatte während der Europawahl und danach intensiv an der Durchsetzung des Prinzips gearbeitet, dass das Ergebnis der Europawahl über die Besetzung dieser wichtigen Aufgabe in der Europäischen Union mitentscheiden müsse. Vor der Abstimmung hatte Pöttering auch darauf hinge-



Hans-Gert Pöttering (r.) gratuliert José Manuel Barroso zur Wahl

Foto: E.Lance Media

wiesen, dass die Benennung sowohl von José Manuel Barroso für das Amt des Kommissionspräsidenten als auch die Benennung Javier Solanas für das Amt des Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik – und mit Inkrafttreten der Verfassung als Außenminister der EU – in Zusammenhang stünden.

Das Abstimmungsergebnis mache deutlich, dass Barroso die große Mehrheit des Europäischen Parlaments von seiner Qualifizierung für dieses Amt überzeugen konnte. Das technische Abkommen zwischen der EVP-ED-Fraktion und der SPE-Fraktion über die Präsidentschaft des Europäischen Par-

laments habe ebenfalls zu dem guten Ergebnis beigetragen. Barroso habe auch aus der SPE-Fraktion eine große Zahl von Stimmen für ein überzeugendes Wahlergebnis erhalten.

Die EVP-ED-Fraktion werde Barroso und die neue Kommission „kritisch-positiv“ in ihrem Amt begleiten, aber auch die Kontrolle der Kommission als wichtige Aufgabe des Europäischen Parlaments wahrnehmen, erklärte Pöttering. Er könne Barroso nur unterstützen in der Definition seiner Rolle als „Brückenbauer“ und „ehrlicher Makler“. Die Konsensfindung sei die wichtigste Grundlage aller politischen Arbeit in der EU.

BUNDESTAG

## Erste Auszubildende im Abgeordnetenbüro



Ludwig Georg Braun, Christin Skala und Christian Freiherr von Stetten

**Die 16jährige Christin Skala ist die erste Auszubildende eines Bundestagsabgeordneten. Ab dem 1. September wird die junge Frau aus Marquardt bei Potsdam das Büro des Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten verstärken. Christin Skala hatte sich am Ende gegen 280 Mitbewerberinnen und Mitbewerber für die Azubi-Stelle „Kauffrau für Bürokommunikation“ durchgesetzt.**

Im Beisein des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammer-

tages, Ludwig Georg Braun, wurde dann am 29. Juni 2004 in von Stettens Büro der Ausbildungsvertrag unterschrieben. Der Kammerpräsident war von der Initiative des Hohenloher Abgeordneten begeistert und übernahm spontan die persönliche Patenschaft für die erste Auszubildende im Deutschen Bundestag.

Der selbständige Unternehmer von Stetten hatte sich bereits kurz nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag dafür eingesetzt, dass es auch Bundestagsabgeordneten möglich ist, sich

der gesellschaftlichen Aufgabe „Ausbildung“ anzunehmen. Die von Rot-Grün angeordnete Ausbildungsplatzabgabe hält er für den falschen Weg. Stattdessen hat er in seinem Abgeordnetenbüro selber Fakten geschaffen.

Im Frühjahr diesen Jahres hat der Abgeordnete von der Mitarbeiterkommission des Ältestenrates des Deutschen Bundestages eine Einzelgenehmigung zum Ausbilden erhalten. Nach einem im Mai 2004 verfassten Schreiben von Christian Freiherr von Stetten an seine Bundestagskollegen haben sich bereits 40 Büros gemeldet, die ebenfalls in die Ausbildung junger Menschen einsteigen wollen.

Die Bundestagsverwaltung erstellt zurzeit eine allgemeine Richtlinie für alle Bundestagsabgeordneten die in ihren Berliner Büros ausbilden wollen. Zusätzlich sollen Verträge mit Verbundpartnern geschlossen werden, um eine optimale Betreuung von weiteren Auszubildenden zu gewährleisten.

## Studienbeiträge steigern Studienqualität

Zur Ankündigung der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Christa Sager, sich gegen Studienbeiträge zu wappnen:

Frau Sager hat wie viele Hochschulpolitiker der Grünen und SPD die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Nach dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Juniorprofessur, das den Bund in seiner Zuständigkeit für die Hochschulen ganz klar in die Schranken wies, ist klar, dass auch das Studiengebührenverbot im HRG nicht zu halten sein wird.

Das Hochschulrecht gehört zum Kernbereich der Länderzuständigkeit. Die Länder tragen den ganz überwiegenden Teil der Finanzierung der Hochschulen. Also ist es ihre Aufgabe und ihr Recht, die Frage der Finanzierung der Hochschulen zu regeln.

Bei den beiden Kernproblemen „finanzielle Ausstattung der Universitäten“ und „Strukturreformen“ hat Rot-Grün versagt.

Schon heute fehlen den deutschen Hochschulen zwischen 3 und 4 Milliarden Euro, davon etwa eine Milliarde für die Lehre.

Anstatt auf Autonomie



Katherina Reiche

der Universitäten, auf Deregulierung und Flexibilisierung zu setzen, hält staatlicher Dirigismus die deutsche Hochschullandschaft im eisernen Griff. Damit besteht die Gefahr, dass Deutschland den Anschluss verpasst. Die von der Ministerin verhängte Denkblockade bei der Finanzierung der Hochschulbildung ist völlig wirklichkeitsfremd. Studienbeiträge können die Studienqualität steigern.

Bildungsministerin Bulmahn verfolgt eine zentralistische Hochschulpolitik. Das Bundesverfassungsgericht hat ihr bereits die Rote Karte gezeigt, weitere kündigen sich an. Die Bundesregierung zeigt sich bislang reformunwillig. Nichts wurde in den vergangenen Jahren unternommen, um die Hochschulen international leistungsfähiger zu machen.

Das gesamtgesellschaftliche Interesse an vielen gut

ausgebildeten Akademikern und ein Beitrag der Studierenden an ihrem Erststudium müssen zu einem vernünftigen Ausgleich gebracht werden.

**Katherina Reiche** ist die bildungs- und forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## WTO-Agrarbeschlüsse sind gute Grundlage

Zu dem gefundenen Kompromiss in Agrarhandelsfragen im WTO-Rahmenabkommen:

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass in Genf ein Kompromiss für ein WTO-Rahmenabkommen gefunden worden ist, der den Agrarbereich einschließt. Möglich wurde dies, weil die EU mit ihren Luxemburger Reformbeschlüssen sehr weit in „Vorleistung“ getreten ist. Allerdings ist für die weiteren Detailverhandlungen eine faire und ausgewogene Herangehensweise erforderlich, die die europäische Landwirtschaft nicht einseitig belastet und somit im Ergebnis überfordert! Der Verzicht auf den Abbau aller EU-Agrarexportsubventionen geht beispielsweise nur im Gleichklang mit dem Verzicht aller



Gerda Hasselfeldt

Beteiligten, ihre Exporthilfen abzubauen. Dazu gehören u.a. Exportkredite oder Nahrungsmittelhilfeprogramme der USA, die eine verdeckte Form der Subventionierung von Agrarausfuhren darstellen.

Wenn weitere Schritte in Richtung eines liberalisierten Weltagrarhandels folgen, können unsere Landwirte nur dann erfolgreich bestehen, wenn sie faire Wettbewerbsbedingungen haben. Hierzu sind energischere Schritte in Richtung der Angleichung von Produktionsstandards beim Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz erforderlich. Zudem macht ein stärkerer Wettbewerb eine viel entschlossener Herangehensweise an den Abbau von wettbewerbsverzerrenden Auflagen auf nationaler Ebene notwendig. Das Gegenteil ist aber leider der Fall: Schärfere deutsche Bestimmungen und hohe Belastungen treiben die

Produktionskosten in der deutschen Landwirtschaft immer mehr in die Höhe. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert von Ministerin Künast konkrete Maßnahmen, um parallel zu den WTO-Liberalisierungsschritten überflüssige und wettbewerbsfeindliche Auflagen und Hindernisse in der Landwirtschaft abzubauen!

**Gerda Hasselfeldt** ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## City-Maut führt zu Attraktivitätsverlust

**Zu der aktuellen Diskussion um die City-Maut, der Sorge vor dem Aussterben der Innenstädte und zu den eigentlichen Ursachen dieser Kontroverse:**

Die eigentliche Ursache der Kontroverse um die City-Maut ist eine falsche Politik. Rot-Grün regiert die deutschen Kommunen in den finanziellen Ruin. Die ewige Umverteilung von einer Tasche in die andere und die ständige Übertragung von neuen Aufgaben ohne vernünftige Finanzierung durch die rot-grüne Koalition führen dazu, dass die Städte keine finanziellen Mittel für den Aufbau intelligenter Verkehrs- und Park-

leitsysteme zu einer effektiveren Stauvermeidung haben. Die City-Maut dient nur dazu, die Autofahrer abzukassieren.

Nicht nur der ohnehin rückläufige Einzelhandel beobachtet daher mit Sorge die anhaltende Diskussion über eine City-Maut. Die vielerorts geplante Straßenbenutzungsgebühr für städtische Gebiete wird massiv in die Konkurrenzbeziehung zwischen inner- und außerstädtischen Standorten eingreifen.

Die Folgen für die Kommunen liegen auf der Hand: mangelnde Attraktivität, fehlende Anziehungskraft und Besucherrückgang. Die Maut als 'Eintrittsgebühr' würde damit nicht nur den Handel, sondern auch die Städte strafen. Letztlich verhindert die City-Maut auch keinen Verkehr, sondern verlagert ihn nur von den Städten in die Peripherie.

Die neuen Abzockideen und der fatale Rückgang der kommunalen Investitionen in den letzten zehn Jahren um 10 Mrd. Euro zeigen, dass die Kommunen immer weniger in der Lage sind, ihre städtebauliche Entwicklung umfassend zu steuern und die notwendige Infrastruktur für eine moderne Gesellschaft vorzuhalten.



Peter Götz



Dietrich Austermann

Es wird Zeit, dass das Problem bei der Wurzel gepackt wird: Aufgaben, Einnahmen und Ausgaben der Kommunen müssen wieder in Einklang zueinander kommen. Eigenverantwortliche und starke Kommunen waren das Fundament des Erfolgs der Bundesrepublik. Sie sind auch in Zukunft der Schlüssel zu Aufschwung und Wirtschaftskraft. Wir fordern die Bundesregierung auf, die dazu vorliegenden Konzepte der Union konstruktiv aufzugreifen.

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Keine Legendenbildung über Kommunalfinanzen

Anlässlich der Äußerungen von Bundesfinanzminister Eichel über die finanzielle Situation der Kommunen:

Eichels Behauptung, den Kommunen gehe es besser als erwartet, geht an der Realität völlig vorbei. Wie sich die Übernahme der Unterkunftskosten im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die kommunalen Haushalte auswirken wird, ist noch völlig offen. Die in Aussicht gestellte Entlastung von 2,5 Mrd. € steht zunächst nur auf dem Papier. Es muss sich erst noch zeigen, ob das Geld in diesem Umfang auch bei den Kommunen ankommt.

Die Finanzsituation der Kommunen ist alles andere als rosig. Allein im Jahr 2005 belief sich das Defizit auf 10 Mrd. €. Durch die rot-grüne Steuerreform hatten die Gemeinden drastische Ausfälle insbesondere bei der Gewerbesteuer zu verkraften. Dass die Gewerbesteuer inzwischen wieder besser läuft, ist erfreulich, jedoch noch kein Grund für Entwarnung. Dazu

sind die Zuwächse zu gering.

Rot-Grün hat es bisher versäumt, eine Reform der Gemeindefinanzen auf den Weg zu bringen, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihre Haushalte wieder auf eine solide Grundlage stellen zu können. Auf der Ausgabe-seite wiederum sind die Gemeinden nach wie vor mit steigenden Kinder- und Jugendhilfeleistungen belastet. Es ist also völlig unangemessen, zu diesem Zeitpunkt ein positives Bild von den kommunalen Haushalten zu zeichnen. Der Bundesfinanzminister sollte keine Legendenbildung betreiben.

**Dietrich Austermann** ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Abschaffung des Erziehungsgelds schränkt Wahlfreiheit ein

Anlässlich der neuerlichen Vorschläge von Familienministerin Schmidt zur Einführung einer Lohnersatzleistung anstelle eines Erziehungsgeldes:

Mit dem Vorschlag, das Erziehungsgeld in eine Lohnersatzleistung umzuwandeln, wird ein erneutes Scheitern rot-grüner Familienpolitik dokumentiert. Familienmi-

nisterin Schmidt zieht sich zunehmend aus der finanziellen Förderung von Familien zurück. Mit ihrem Vorschlag nach einer Lohnersatzleistung schiebt sie die Verantwortung für Familienpolitik auf die Arbeitgeber ab.

Frau Schmidt spricht bei jeder sich bietenden Gelegenheit von der Wahlfreiheit der Eltern. In ihrer Politik schränkt sie diese jedoch immer mehr ein. Eltern, die ihre Kinder selbst erziehen, erhalten unter Rot-Grün nicht die gleichen Chancen wie die Eltern, die ihre Kinder von einer Tagesmutter oder in Kindertageseinrichtungen betreuen lassen.

Bevor das Erziehungsgeld abgeschafft wird und eine Lohnersatzleistung eingeführt wird, muss Renate Schmidt zunächst einmal Zahlen auf den Tisch legen. So ist völlig unklar, wer diese neue Leistung finanzieren soll.

Sollte der Staat für die Finanzierung der Lohnersatzleistung alleine verantwortlich sein, ist klarzustellen, wie die Finanzierung erfolgt und in welchen Bereichen Kürzungen für Familien stattfinden. Wenn die Arbeitgeber die Kosten übernehmen sollen, müssen sie ebenfalls vorab wissen, mit welchen Belastungen sie rechnen müssen.



Maria Eichhorn

**Maria Eichhorn** ist die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

### Selektion durch PID kann ohne Verbot nicht gestoppt werden

Anlässlich der Freigabe von Gentests bei IvF-Embryonen zur Selektion von geeigneten Zellspenden für Geschwisterkinder in Großbritannien:

Mit der Entscheidung der britischen Kontrollbehörde bestätigen sich alle Befürchtungen, dass ohne ein klares PID-Verbot die Selektion nicht gestoppt werden kann.

Wie auch der jüngst veröffentlichte Technikfolgeabschätzungsbericht (15/3500) belegt, ist die praktische Anwendung der PID international weiter fortgeschritten als in der Diskussion oft angenommen wird. Die Präimplan-



Hermann Kues

tationsdiagnostik ist demnach auf dem besten Wege, sich zur Routineuntersuchung zu entwickeln – vergleichbar mit der Pränataldiagnostik. Erschreckend dabei ist, dass in den untersuchten Ländern die ethische Debatte kaum geführt wird. Am Ende wird selbst die Geschlechtsauswahl für legitim erachtet. Das kann nicht unser Weg sein. Zum „Designer-Baby“ darf es nicht kommen.

Jedem muss klar sein, dass es sich bei Embryonen um schützenswertes Leben handelt. Die Verwerfung von Embryonen durch technische Untersuchungen bleibt verwerflich. Statt der ethisch bedenklichen PID sollten Alternativen eingehend geprüft werden, die erblich belasteten Eltern die Angst vor dem Kind nehmen können.

**Hermann Kues** ist der Beauftragte der CDU/CSU Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften.

„Willkommen in der 1. Klasse!“

DIN A0

Bestell-Nummer: **7680**  
 Preis je **50 Stück: 28,75 €**  
 inkl. MwSt.: 33,35 €

DIN A1

Bestell-Nummer: **7679**  
 Preis je **50 Stück: 19,00 €**  
 inkl. MwSt.: 22,04 €



„1. Klasse – so sollte auch die Schulpolitik sein.“

DIN A0

Bestell-Nummer: **7036**  
 Preis je **50 Stück: 28,75 €**  
 inkl. MwSt.: 33,35 €

DIN A1

Bestell-Nummer: **7035**  
 Preis je **50 Stück: 19,00 €**  
 inkl. MwSt.: 22,04 €



Seifenblasenspender

36 in einer Box

Bestell-Nummer: **9892**

Preis je **Box: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 12,76 €



Mini-Schultüte

Inhalt: 4 Buntstifte, Radiergummi, Bleistift und  
 CDU-Vitaminbonbons

Bestell-Nummer: **9657**

Preis je **10 Stück: 15,30 €**  
 inkl. MwSt.: 17,75 €





### Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9102**  
Preis je **100 Stück: 24,00 €**  
inkl. MwSt.: 27,84 €



### Einkaufswagen-Chip

Bestell-Nummer: **9070**  
Preis je **100 Stück: 29,00 €**  
inkl. MwSt.: 33,64 €



### CDU-Luftballon

Bestell-Nummer: **9304**  
Preis je **500 Stück: 30,00 €**  
inkl. MwSt.: 34,80 €



### Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**  
Preis je **200 Stück: 22,00 €**  
inkl. MwSt.: 25,52 €



## Sonderpreise



### CDU-Seemannsrucksack

blau

Bestell-Nummer: **9661**

gelb

Bestell-Nummer: **9662**

Preis je **1 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



### CDU-Handysessel

orange

Bestell-Nummer: **9659**

blau

Bestell-Nummer: **9660**

Preis je **1 Stück: 1,00 €**

inkl. MwSt.: 1,16 €



### CDU-Spritztiere

Bestell-Nummer: **9559**

Preis je **30 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



**Alle aktuellen Bestellscheine für die Außenwerbeträger**

- Plakatständer
- Schaukästen
- Mastanhänger
- Glücksrad
- Luftballongasflasche
- u.s.w.

können Sie im [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) finden und als Bestellfax ausdrucken.



Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



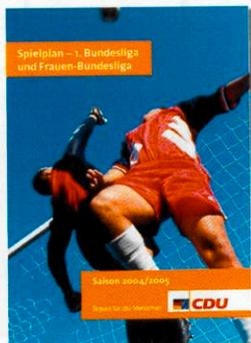
## Faltplan „Ländervergleich“

Unionsgeführte Länder belegen:  
Man kann auch gut regieren

Bestell-Nummer: **2865**

Preis je **50 Stück: 15,25 €**

inkl. MwSt.: 16,32 €



## Bundesliga-Spielplan

Bestell-Nummer: **9170**

Preis je **100 Stück: 20,00 €**

inkl. MwSt.: 23,20 €

### BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 052 41-8 04 18 92  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de